

Bundesnetzagentur  
Referat 613  
Szenariorahmen  
Postfach 80 01  
53105 Bonn

Per Mail an: szenariorahmen@bnetza.de

Burghaun, 2015-02-21

## Stellungnahme: Szenariorahmen Strom 2030

Nachdem die Bundesnetzagentur den aktuellen Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber zum Szenariorahmen Strom 2030 veröffentlicht und somit zur Konsultation freigegeben hat, möchten wir hiermit die Stellungnahme des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen gegen SuedLink (BBgS) fristgerecht einreichen.

### 1. Allgemein

Der BBgS erkennt die Notwendigkeit an, dass für die Integration der Erneuerbaren Energien (EE) ein Ausbau bzw. Umbau der Stromnetze erforderlich ist. Um dafür eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erlangen, ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit in ein transparentes Planungsverfahren zum Netzausbau unumgänglich. Die Parameter, die zur Erstellung des Szenariorahmens eingesetzt werden, spielen hierbei eine zentrale Rolle. Sie bestimmen maßgeblich die Gestaltung der künftigen Netzentwicklungspläne und sollten sich am Zielsystem der Energiewende orientieren. Dass man die gesamte Netzplanung einzig in die Verantwortung der vier Übertragungsnetzbetreiber und hier im Besonderen der Fa. Tennet TSO GmbH überträgt, ist für uns nach wie vor nicht nachvollziehbar. Dies hatten wir bereits in unseren bisherigen Stellungnahmen an die Bundesnetzagentur immer wieder bemängelt.

- **Bedarfsfeststellung, Planung, Bau und Betrieb der Übertragungsnetze dürfen nicht in der alleinigen Verantwortung der Übertragungsnetzbetreiber liegen.**
- **Eine Bewertung des Netzbedarfs kann nur von unabhängiger, neutraler Stelle erfolgen, ohne eigenen wirtschaftlichen Interessen folgen zu müssen.**
- **Die Eingangsparameter für die Erstellung der Szenarien müssen transparent offengelegt werden.**

Die Energieversorgung in Deutschland steht vor einem umfassenden Systemwechsel. Klimaschutz, Energieeffizienz und die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe sind hierbei ebenso zu beleuchten, wie Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Auch mit Hinblick auf den Europäischen Energiemarkt gilt es Maßstäbe und Richtlinien zu benennen, die einerseits unseren Verpflichtungen gegenüber der Staatengemeinschaft gerecht werden aber andererseits die ambitionierten Klimaziele (siehe Paris) nicht konterkarieren.

Da ein Szenariorahmen nur eventuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu Energieerzeugung und Netzbedarf zu skizzieren vermag, sollte man bei der Ausarbeitung der einzelnen Szenarien bestehende Fakten zwingend berücksichtigen.

- **Ausstieg aus der Atomenergie ist definitiv beschlossen**
- **Fossile Brennstoffe sind endlich**
- **Versorgungssicherheit muss gewährleistet bleiben**
- **Klimaabkommen von Paris: Begrenzung der globalen Erwärmung auf möglichst 1,5 °C**
- **Kohleverstromung ist maßgeblich für CO<sub>2</sub> Emissionen verantwortlich**
- **Ziel der 100%igen Versorgung durch Erneuerbare Energien**
- **Ohne Speicher- und Effizienztechnologien, keine Energiewende**

## **2. Reduzierung der Kohleverstromung mindert den Netzausbaubedarf**

Ein tragfähiges Energiekonzept richtet sich auf das Ziel der 100%igen Energieversorgung durch regenerative Energien und setzt vor allem einen gewissen Weitblick und den Willen zur Umstrukturierung voraus. Die gezielte Förderung und Weiterentwicklung von Speicher- und Effizienztechnologien wird hierbei entscheidend sein, findet aber im Szenariorahmen 2030 noch keine ausreichende Berücksichtigung.

Die aktuelle überdimensionierte Stromnetzplanung, vor allem mit Blick auf die HGÜ-Trassen SuedLink und Süd-Ost-Trasse, wird diesem Zukunftsmodell nicht gerecht und verhindert langfristig die Umsetzung der Energiewende, da weiterhin die fossilen Kraftwerksanlagen einen zentralen Stellenwert einnehmen.

**Prof. Dr. Claudia Kemfert, DIW:** ...“Unsere Modellrechnungen zeigen, dass mit dem derzeitigen Stromnetz auch ohne Netzerweiterung eine sichere Stromversorgung in ganz Deutschland möglich ist. Voraussetzung ist allerdings, dass die Kohleverstromung deutlich reduziert wird...”(Quelle: *klimaretter.info*)

**Sascha Müller-Kraenner**, Bundesvorsitzender der DUH: ...“ Statt weiterhin die Energiewende zu bekämpfen, sollte für die betroffenen Regionen die zentrale Frage sein, wie der notwendige Strukturwandel sozial und energiepolitisch zu bewerkstelligen ist. Bei dieser Diskussion dürfen sich die großen Stromkonzerne, die in den vergangenen Jahrzehnten mit der Kohleverstromung satte Gewinne eingefahren und dabei die Erfordernisse des Klimaschutzes ignoriert haben, nicht aus ihrer Verantwortung stellen.“... (Quelle: *duh.de/Pressemitteilung*)

Bei der Erstellung des Szenariorahmens sind vordergründig die nationalen Klimaziele zu beachten und nicht der uneingeschränkte, auf einen fossilen und atomaren Energiemarkt ausgerichtete Stromhandel. Eine deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub> Emissionen hängt daher maßgeblich vom Ausstieg aus der Kohleverstromung ab. Einerseits will sich Deutschland als Vorreiter der Energiewende darstellen, betreibt aber andererseits die klimaschädlichsten Kohlekraftwerke der Europäischen Union. Als eine der führenden Volkswirtschaften und Industrienationen stehen wir in der Verantwortung durch gezielte Maßnahmen innovative Lösungsansätze für eine ressourcenschonende Umwelt- und Klimapolitik voranzutreiben.

- **Systematische Abschaffung umweltfeindlicher Subventionen (Öl, Kohle)**
- **Konsequentes Change Management und zeitnahe Anpassung**
- **Keine Wettbewerbsverzerrung durch günstige Emissionszertifikate**
- **Keine vorzeitige Ausbauregelung der Erneuerbaren Energien durch EEG-Reform**
- **Das Zielsystem der Energiewende ist in einem eigenen Zielszenario abzubilden**

Der aktuelle Szenariorahmen 2030 kann diese Forderungen nicht abdecken. In allen Szenarien wird von einem moderaten Abbau der installierten Leistung aus Kohlekraftwerken ausgegangen, ohne aber gleichzeitig ein alternatives Zielszenario anzubieten, das den zwingend notwendigen Ausbaupfad für den Systemwechsel beschreibt, damit das angestrebte Klimaziel tatsächlich erreicht wird.

Auch wenn Szenario C bereits einen Entwicklungspfad beschreibt, der eine beschleunigte Energiewende zu berücksichtigen scheint, werden erst politische Rahmenbedingungen den Weg ebnen können. Dabei ist heute bereits absehbar, dass sich ein zukunftsfähiges Energiesystem nur mit Speicher- und Effizienztechnologien umsetzen lässt.

Obwohl die Investitionsanreize für PV-Anlagen bereits stark reduziert wurden und die Einspeisevergütungen für Windenergie ebenfalls sinken, ist ein deutlicher Anstieg der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zu verzeichnen. Diese Entwicklung darf nicht durch kurzfristig lukrativere Investitionen in den fossilen Energiemarkt (z.B. zurzeit Öl, Kohle) konterkariert werden.

Während argumentativ immer wieder auf steigende EEG-Beiträge hingewiesen wird, verschweigt man geflissentlich den Subventionsumfang für fossile Kraftwerke. Eine transparente Kostengegenüberstellung unter Einbeziehung aller preistreibenden Faktoren hat bisher noch nicht stattgefunden.

### **3. Dezentralisierung und Versorgungssicherheit**

Im Entwurf des Szenariorahmens, der bekanntlich die Grundlage der weiteren Netzplanung darstellt, wird einer dezentralen Netzstruktur, die Verbrauchs- und Erzeugungszentren bedarfsgerecht miteinander verbindet und gleichzeitig Versorgungssicherheit gewährleistet, keine angemessene Beachtung geschenkt. Entsprechende Studienergebnisse (z.B. zellulärer Ansatz VDE) sollten aber in einer alternativen Berechnung Berücksichtigung finden.

- **Ausgewogene Erzeugungsstruktur auf Basis der Erneuerbaren Energien Wind, Sonne, Biomasse**
- **Einsatz von regionalen Speichern und Ausbau von KWK-Anlagen**
- **Gezieltes Lastmanagement reduziert den Übertragungsnetzbedarf**
- **Verteilnetz nach NOVA-Prinzip optimieren und verstärken**
- **Kraftwerksbau in Nähe der Verbrauchszentren**
- **Förderung von regional wertschöpfenden Energiekonzepten**
- **Schaffung von Investitionsanreizen für Bürgergesellschaften**

**Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW):**  
...“Statt Interessengruppen zu bedienen, sollte die Bundesregierung die Chancen einer dezentralen Energieversorgung nutzen. Das Konzept des BVMW zu einer Energieversorgung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig liegt dem Bundeswirtschaftsminister vor ...“  
(Quelle: BVMW homepage/ Interview anlässlich des Energiegipfels)

Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist bereits heute auf sehr hohem Niveau und einem gut funktionierenden Verteilnetz geschuldet. Die Optimierung und Erneuerung der regionalen Netzstruktur sollte im Sinne einer dezentralen Energieversorgung vor einem Ausbau der Übertragungsnetze beleuchtet werden. Denn aus ökologischer und ökonomischer Sicht sind alle Möglichkeiten zur Beschränkung des Netzneubaus von Beginn der Planungen an einzubeziehen.

- Laut Agora wurde in 2015 mit einer Stromproduktion von 647 TWh in Deutschland ein neuer Spitzenwert erreicht.
- Die EE decken bereits ein Drittel des inländischen Stromverbrauchs ab und trotz Stilllegung von Atomkraftwerken wurden 60,9 TWh exportiert.
- Laut Dena besteht in Deutschland derzeit ein technisches Lastmanagementpotenzial von etwa 6 GW in der Industrie, das in großen Teilen noch nicht genutzt wird.
- Die befürchteten Blackout-Szenarien erwiesen sich als unbegründet, als die Netzstabilität auch während der Sonnenfinsternis im März 2015 gewährleistet wurde.

Dies sind beeindruckende Zahlen und sicherlich einer bisher guten Netzplanung geschuldet. Gleichzeitig besteht auch für Endverbraucher allein aus Kostengründen der Wille zur Stromreduzierung im privaten Bereich. Viele Effizienzmaßnahmen greifen bereits und durch z.B. intelligente Zähler wird zukünftig der Stromverbrauch noch besser geregelt werden, indem weitere Ansatzpunkte für Energieeinsparungen und dadurch Anreize für energieeffizientes Verbrauchsverhalten gegeben werden können.

#### **4. Zusammenlegung der Netzentwicklungspläne Strom und Gas**

Im Bereich der Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien nimmt Deutschland international einen wichtigen Stellenwert ein und ist damit zukunftsorientiert aufgestellt. Um die Wettbewerbsfähigkeit auch im Hinblick auf den Europäischen Energieverbund zu gewährleisten, müssen geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Energieversorgung wird von den Übertragungsnetzbetreibern immer im Zusammenhang mit einer erweiterten Stromnetzplanung gesehen. Die Rechnung, mehr Energie gleich mehr Übertragungsbedarf, dient dabei lediglich den wirtschaftlichen Interessen der ÜNB. Die Betrachtung des Stromnetzes als „erweitertes Speichermedium“ ist weder volkswirtschaftlich noch ökologisch vertretbar. Die zunehmende Bedeutung der inzwischen marktfähigen Speichertechnologien erfordert einen gezielten Blick auf das Gasnetz als Speicher. Dies muss sich auch im Szenariorahmen widerspiegeln.

- **Netzplanung sollte flexibel auf einen Systemumbau mit verstärkter Einbeziehung von Speichertechnologien ausgelegt werden, dies gilt für dezentrale und zentrale Speichersysteme**
- **Ein dem Verbrauch und nicht den Erzeugungsstrukturen angepasster Netzausbau kann einem sich rasant verändernden Energiemarkt besser Rechnung tragen**
- **Redispatchmaßnahmen sind Teil der Netzplanung und müssen den Kosten eines Neubaus gegenübergestellt werden**
- **HGÜ-Leitungen schwächen die Versorgungssicherheit, da bei Störfällen der (n-1)-sichere Netzbetrieb nicht aufrechterhalten werden kann**
- **Die Netzentwicklung für Strom und Gas ist zusammenzufassen und zu harmonisieren**
- **Perspektivische Unterscheidung zwischen Transport und Speicherung verringert den von den Übertragungsnetzbetreibern erstellten Netzbedarf**

Die Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber gehen weiter davon aus, dass der Strombedarf durch eine erweiterte Elektrifizierung des Transportsektors künftig steigen wird. Die Bedeutung von Power-to-Gas-Technologien im Verkehrsbereich wird in keinem Szenario gebührend berücksichtigt. Der öffentliche Fuhrpark wird bereits heute in vielen Städten auf Wasserstoff umgestellt und leistet somit emissionsfrei einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Vom Aufbau einer geeigneten Wasserstoffinfrastruktur kann das gesamte Energiesystem profitieren und die richtigen Impulse an die Automobilindustrie weitergeben. Forschungs- und Investitionsprogramme waren in den letzten Jahren maßgeblich für die Weiterentwicklung der Brennstoffzellenfahrzeuge verantwortlich und konnten deren Marktreife beschleunigen.

Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge erfüllen alle Umwelt- und Klimakriterien und haben bereits heute einen höheren Wirkungsgrad als Dieselfahrzeuge. Mit Wasserstoff kann der Verkehrssektor auf Erneuerbare Energien umgestellt werden. Durch Elektrolyse kann Wasserstoff dezentral direkt am Ort der Verwendung hergestellt werden und gleichzeitig durch Kraft-Wärme-Koppelung für die Energieversorgung verwendet werden.

Bei allen genannten Vorteilen muss man in Bezug auf die Erstellung des Szenariorahmens und des künftigen Netzentwicklungsplanes vor allem eines beachten: Wasserstoff eignet sich als Stromspeicher und kann zur Netzstabilisierung beitragen. Dieser Tatsache ist netzplanerisch von großer Bedeutung, die Politik sollte mit weiteren Fördermaßnahmen darauf reagieren.

- **Integration von PtG in die Kraftstoffgesetzgebung**
- **Abbau von Dieselsubventionen**
- **Förderprogramme für Wasserstofftankstellen**
- **Ausbau zentraler und dezentraler Speicheranlagen**

Die Zusammenfassung des Energiebedarfs aller Sektoren - in Deutschland ca. 20% Strom, 30% Verkehr und 50% Wärme - führt zu einem modernen und zukunftsfähigen Energiekonzept. Die Einbeziehung von umweltfreundlichen Speichertechnologien ist dabei maßgeblich mit der Verknüpfung der Netzentwicklungspläne Strom und Gas verbunden.

Bei einem Wirkungsgrad von inzwischen 80% bei Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen, ist die kosteneffiziente Integration regenerativer Energien in die Energieversorgung möglich und kann die Dekarbonisierung beschleunigen. Im Entwurf des Szenariorahmens finden sich diese Erkenntnisse nicht in geeigneter Weise wieder.

Auch Gaskraftwerke werden als systemrelevante Übergangstechnologie von politischer Seite aus ökonomischen Gesichtspunkten ausgeschlossen, ohne ihre Bedeutung im Konsens mit der Weiterentwicklung der Power-to-X-Technologien anzuerkennen.

„Gasturbinen- sowie Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerke stellen das Rückgrat einer gesicherten und zuverlässigen Stromversorgung dar. Diese werden – in Abhängigkeit von den jeweils angenommenen technischen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen – mit Erdgas, mit Biogas oder als Teil von Gasspeichersystemen mit Wasserstoff oder Methan betrieben. Werden diese Anlagen mit variabler Gasfeuerung ausgelegt, stellen sie über verschiedene Entwicklungspfade hinweg eine robuste Option für die Stromversorgung der Zukunft dar, zu der es wenige Alternativen gibt.“ (Quelle: *acatech/Flexibilitätskonzepte für die Stromversorgung 2050*)

## **5. Energiepolitische Ziele im Hinblick auf Europa und der nationalen Verantwortung**

Die Erstellung des Szenariorahmens bzw. Netzentwicklungsplanes Strom erfolgt nach den neuen gesetzlichen Regelungen nur mehr im Zwei-Jahresrhythmus. Durch die Flexibilisierung des Betrachtungszeitraumes der einzelnen Szenarien (10-15 Jahre bzw. 15-20 Jahre) sollen andere Planungshorizonte, wie z.B. für den Ausbau der Erneuerbaren Energien oder für den TYNDP besser einbezogen werden.

Der Erfolg einer europäischen Energieunion hängt maßgeblich von den energiepolitischen Zielen der einzelnen Staaten ab. Deutschland hat großes Potential marktführend und innovativ den erneuerbaren Energiesektor zu beeinflussen. Auch die deutsche Industrie hat in weiten Teilen schon die Vorteile des Systemwechsels erkannt, und investiert in eine eigene auf regenerativen Energien aufgebaute Werksversorgung. Dazu gehört die Nutzung von Deponiegasen zur Stromerzeugung genauso wie die erweiterte Solarstromproduktion. Auch Biomasse und Batteriespeicher ergänzen den regenerativen Energiemix vielversprechend.

Deutschland darf die konsequente Ausrichtung hin zu einer 100%igen EE-Versorgung nicht den wirtschaftlichen Interessen von Großkonzernen opfern, die den Einstieg in die Erneuerbaren schlichtweg verschlafen haben. Der Streit um Macht und Monopole darf uns nicht vom Ziel der Energiewende entfernen. Zurzeit erleben wir einen gigantischen Preisverfall an der Strombörse, doch der Strom-Endverbraucher merkt davon nichts und beklagt steigende Preise. Die EEG-Umlage wird dabei gerne als Ursache ausgemacht, weil sich niemand über die Art der Finanzierung unserer Energieversorgung Gedanken macht. Sinkende Einkaufspreise werden im Gegensatz zu Preissteigerungen nicht an die Haushaltskunden weitergegeben. Der Kampf um Energie ist voll entbrannt und es gilt darauf zu achten, dass Erneuerbare Energien weiterhin ihren Marktanteil erhöhen können.

- **Energieunion mit jenen Ländern, die den Systemumbau zu Erneuerbaren Energien konsequent verfolgen**
- **Forschungsprojekte bei Speichertechnologien durch EU-Fördergelder unterstützen**
- **Verstärkte Investitionsanreize in Erneuerbare Energien für alle EU-Länder schaffen**
- **Anreize für einen Systemumbau in energieintensiven Industriebetrieben schaffen**

Alle EU-Mitgliedsländer sollten in einem transparenten Monitoringbericht zur Energiewende nachweisen, welche Maßnahmen für die jeweiligen Länder erforderlich sind, um eine klimafreundliche Energiepolitik voranzutreiben und die in Paris beschlossenen Klimaziele schnellstmöglich umzusetzen. Die Energieunion darf sich nicht vordergründig am Energiebinnenmarkt und den damit verbundenen Stromhandel beschränken, sondern sollte die Dekarbonisierung der Wirtschaft und die gemeinsame Forschung in Effizienz- und Speichertechnologien vorantreiben, damit auch in Zukunft eine verlässliche Versorgungssicherheit für alle Länder gegeben ist.

Die zentralistischen Versorgungsstrukturen, mit einem weiterhin von fossilen Energien dominierten Kraftwerkspark in vielen europäischen Ländern, muss in ein dezentrales und vor allem regional wertschöpfendes regeneratives Energiesystem überführt werden. Die angestrebte Energieunion mit unseren Nachbarstaaten ist sinnvoll und erstrebenswert, fordert aber den gemeinsamen Willen zu System-Veränderungen.

- **Alle Staaten sind verpflichtet Umweltvorschriften und Sicherheitsauflagen einzuhalten**
- **EU-Energiebinnenmarkt darf die Systemumstellung auf 100%ige EE-Energieversorgung nicht konterkarieren**
- **Kein Eingreifen durch EU-Regulierungsbehörden, die eine Verzögerung der nationalen Energiewende verursachen**
- **Kein erweiterter Netzausbau, der Deutschland zum Transitland für Kohle- und Atomstrom degradiert**

Das Übertragungsnetz erkennt die Art des Stromes nicht, der durchgeleitet wird und solange Kohle- und Atomstrom gleichermaßen eingespeist werden, wird sich das Ausmaß der benötigten Netze ins Unendliche steigern. Der Vorteil liegt dabei in steigenden Gewinnen für Energie-Großkonzerne und Übertragungsnetzbetreiber. Ein Energiebinnenmarkt, der sich als langfristige Überlebensstrategie für Länder mit atomaren und fossilen Energiekonzepten erweist, ist abzulehnen.

Der Klimawandel zwingt alle Staaten der Erde gleichermaßen zum energiepolitischen Umdenken und Handeln. Am Weltklimagipfel in Paris wurde das Ziel ausgerufen, die Erderwärmung in den kommenden Jahren auf 1,5° zu begrenzen. Allerdings braucht es dazu die notwendigen nationalen Maßnahmen, die einem klaren Konzept folgen und sich gegen die Interessen eigennütziger Lobbyisten behaupten.

In Deutschland sind die Weichen gestellt und ein nachhaltiges Energiesystem auf Basis der Erneuerbaren Energien kann sich etablieren. Die Energiewende stellt einen gigantischen Systemumbau dar und erfordert ein wohlüberlegtes Change-Management.

Der Bundesnetzagentur kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Gewinnoptimierung zu Lasten einer verantwortungsvollen Umwelt- und Sicherheitspolitik ist dabei abzulehnen.

## 6. Bürgerdialog und Bundesnetzagentur

Am Entwurf des Szenariorahmen 2030 ist bereits erkennbar, dass die zunehmende Beteiligung der Öffentlichkeit an Konsultationen zum Netzausbau einen positiven Input liefern konnte. Dennoch wird weiterhin an einem zentralistisch orientierten Stromversorgungskonzept festgehalten.

Für die Erstellung des Szenariorahmens werden gezielt Parameter eingesetzt, die die mögliche Entwicklung beim Stromverbrauch beschreiben sollen. Dabei wird die mögliche Weiterentwicklung der Speichertechnologien nicht ausreichend beachtet indem man sich weigert anzuerkennen, dass Investitionsanreize eine beschleunigte Weiterentwicklung der regenerativ orientierten Energieerzeugungsanlagen bewirken können. Das Geschäftsmodell Netzausbau darf nicht den eigennützigen Interessen der Übertragungsnetzbetreiber unterstellt sein, sondern muss dem eigentlichen Ziel, alle Bürger verlässlich mit bezahlbarer nachhaltiger Energie zu versorgen, dienen. Daher muss die Frage nach den optimalen politischen Rahmenbedingungen gestellt werden, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

Wir Bürger stellen uns der Verantwortung und betrachten kritisch unter welchen Gesichtspunkten der Szenariorahmen erstellt wurde. Wir wissen, dass eine Optimierung des Stromleitungsnetzes für den Fortbestand der Versorgungssicherheit nötig ist. Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber ebenso wie die großen Energieversorgungsunternehmen haben in der Vergangenheit diese Verantwortung zu Gunsten der eigenen Gewinnoptimierung vernachlässigt.

Die Politik muss sich die Frage gefallen lassen, wem gegenüber sie sich eigentlich verpflichtet fühlt. In Wahlkampfzeiten nah am Bürger, im Politikalltag einer mächtigen Wirtschaftslobby unterworfen, würde ein gesundes Maß an Selbstreflexion gut tun. Nicht leere Versprechungen, ein klares Konzept, das Planungssicherheit durch vorausschauendes Handeln erkennen lässt, stärkt Vertrauen und die Bereitschaft, persönliche Einschnitte zu akzeptieren.

Nachfolgende Punkte zählen zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur im Bereich Energie, doch der aktuelle Szenariorahmen scheint die Netzplanung auf andere Prioritäten auszulegen.

- » eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas

Wir sagen: Der Szenariorahmen 2030 bietet kein Szenario an, das dem gerecht werden kann. Das weitere Festhalten an einer übermäßigen Kohleverstromung wird bei der Ausarbeitung des nächsten Netzentwicklungsplanes zu einer verstärkten Belastung der Allgemeinheit und der Umwelt durch überdimensionierten Netzausbau führen.



- » die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas sowie die Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen

Wir sagen: Die Integration der Speichertechnologien wird im Szenariorahmen 2030 vernachlässigt und die Bedeutung von Kleinerzeugungsanlagen im regionalen Energieversorgungsbereich unterschätzt.

Die aktuellen politischen Bestrebungen (EEG-Reform), den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschränken, verzerren den Wettbewerb zusätzlich. Der Strommarkt ist unter den großen Konzernen aufgeteilt, die alles daran setzen um ihre Vormachtstellung zu verteidigen und daher bestrebt sind, Kleinanbieter weitestgehend aus dem Energie-Markt zu drängen. Die zentralistische Versorgungsstruktur soll aufrecht erhalten bleiben.

- » die Umsetzung und Durchführung des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiet der leitungsgebundenen Energieversorgung


Wir sagen: Eine Energieunion mit politisch instabilen Ländern kann langfristig zu einer Destabilisierung unserer Energie-Versorgungssicherheit führen. Solange die energiepolitischen Ziele der Länder sich derart unterscheiden, dürfen wir die Energiewende nicht einem Europäischen Diktat unterwerfen, das die Akzeptanz sämtlicher Risikotechnologien einfordert. Die Bundesregierung gestaltet die politischen Rahmenbedingungen und sollte die Chance erkennen, dass eine verstärkte dezentrale Stromversorgung auf Basis der Erneuerbaren Energien langfristig zu mehr Wachstum, Wettbewerb und Versorgungssicherheit führen wird.

- » effiziente Genehmigungsverfahren, um das deutsche Höchstspannungsnetz an die wachsende Bedeutung der erneuerbaren Energien anzupassen

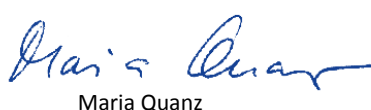
Wir sagen: Effizienz von Genehmigungsverfahren ist gleichbedeutend mit verkürzten Planungsverfahren und schränkt die Beteiligung der Öffentlichkeit auf Pseudo-Bürgerdialogveranstaltungen ein, untergräbt Umwelt- und Naturschutzbelange und ist daher weitestgehend abzulehnen.

Wir hoffen, dass unsere Ausführungen einen kurzen Einblick in die Bedenken der Bürger zum aktuellen Szenariorahmen geben konnten, aber gleichzeitig unsere Bereitschaft signalisieren, konstruktiv am Netzplanungsprozess teilzunehmen.


#### **Der Sprecherkreis des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen gegen SuedLink**



Guntram Ziepel



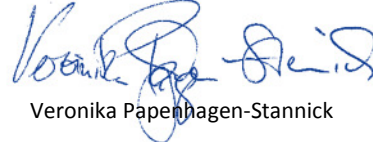
Maria Quanz



Erdmuthe Hoeft



Siegfried Lemke



Veronika Papenhagen-Stannick